

Arbeit und Ökologie in der Transformationsperspektive

Die Themen und Handlungsfelder eines sozial-ökologischen Umbaus haben nach einer frühen Phase der Aufmerksamkeit erst in den letzten Jahren eine Renaissance in den Gewerkschaften erfahren. Im Jahrbuch Gute Arbeit 2018 sind die Zusammenhänge von Arbeit und Ökologie ausführlich analysiert worden.¹ Nach einem Rückblick auf die Diskontinuitäten der Debatte wollen wir in diesem Beitrag die neuen Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation näher betrachten.

I. Diskontinuitäten im Rückblick

Schauen wir auf den ökologischen Diskurs in den Gewerkschaften in den letzten vier Jahrzehnten, so liefert eine solche Bilanz mehrere Befunde.²

Erstens ist offensichtlich, dass die entscheidenden Impulse für eine intensivere Bearbeitung der ökologischen Transformationserfordernisse in der Regel nicht aus den Gewerkschaften selbst, sondern von außen kamen und kommen. Von außen kann heißen, dass Umweltskandale oder auch restriktivere politische Vorgaben bzw. Gesetze gewerkschaftliche Reaktionen erforderlich machten. Es kann aber auch bedeuten, dass starke Umweltaktivitäten und zivilgesellschaftliche Bewegungen Impulse für gewerkschaftliche Debatten mit sich brachten und bringen. Generell gilt, dass die externen Anstoßfaktoren für eine gewerkschaftliche Problemaufnahme der Ökologieproblematik entscheidend waren und sind.

Zweitens fällt auf, dass das Themenfeld Arbeit und Ökologie zwar früh von den Gewerkschaften behandelt und dann nie ganz aus dem Blick verloren wurde. Trotzdem gibt es eine starke Diskontinuität in der Bearbeitung.

1 Vgl. hierzu Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2018): Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau, Ausgabe 2018, Frankfurt am Main. Hier auch der konzeptionelle Beitrag von Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Ebd., S. 329ff.

2 Vgl. hierzu ausführlich Müller, Nadine/Pickshaus, Klaus u. a.: Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau (Jahrbuch Gute Arbeit Ausgabe 2018), Frankfurt 2018, S. 15ff. sowie Pickshaus, Klaus: Gute Arbeit und Ökologie der Arbeit – Kontextbedingungen und Strategieprobleme, in: WSI-Mitteilungen, i.E.

Ein Blick in die Kongresspublikationen der IG Metall zeigt, dass schon der Internationale Arbeitskongress aus dem Jahr 1972 von den Debatten der aufkommenden Umwelt- und Anti-Atomkraftbewegung inspiriert wurde. Fragen der Umweltbelastung und des qualitativen Wachstums wurden aufgegriffen und die immer noch aktuelle Debatte um die Vereinbarkeit von Industrieproduktion, Beschäftigungssicherung und Naturschutz problematisiert.³

Gleiches gilt für die Zukunftsforen, die von der IG Metall 1988 in Vorbereitung auf den internationalen Zukunftskongress »Solidarität und Freiheit« organisiert wurden. Das Forum »Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie«⁴ verdeutlicht schon in seinem Titel die innere Suchbewegung der Gewerkschaften um den richtigen strategischen Ansatz zwischen punktuellen Reparaturbemühungen und systematischer Umgestaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Im Vorfeld des Kongresses verabschiedete die IG Metall ein Positionspapier »Umwelt im Betrieb«⁵, das ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften und erweiterte Mitsprache der Betriebsräte bei betrieblichen Umweltangelegenheiten einforderte. In den »Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform«⁶ wurde auf dem Kongress unter der Überschrift »Die IG Metall muß ökologischer werden« der Anspruch formuliert, »Vorschläge für ein ökologisches Verkehrssystem« zu entwickeln, »zur Durchsetzung einer ökologischen Wirtschaftspolitik eine Änderung des staatlichen Steuer- und Abgabensystems« zu diskutieren sowie »gemeinsam mit den Umweltverbänden gegenüber Regierungen und Parlamenten für eine konsequente Umweltpolitik« einzutreten.⁷

Ein Höhepunkt war dann sicherlich der Kongress »Arbeit, Umwelt, Verkehr« im Jahr 1990.⁸ Er drückte zum einen in der Kooperation mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) als Mitveranstalter die Annäherung der Gewerkschaft an die in den 1980er Jahren erstarkte Umweltbewegung aus. Zum anderen thematisierte der Kongress mit neuen Mobilitätskonzepten Fragestellungen, die heute in der Debatte um eine Transformation der Autoindustrie hochaktuell sind.

3 Siehe hier insbesondere den Beitrag von Karl William Kapp »Ökonomie der Umweltgefährdung und des Umweltschutzes« in: IG Metall (Hrsg.) (1972): Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens. Band 4 Umwelt. Frankfurt am Main.

4 Vgl. IG Metall (Hrsg.) (1988): Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie: Wege aus der Bedrohung. Köln.

5 Ebenda, S. 173–179.

6 IG Metall (Hrsg.) (1989): Solidarität und Freiheit. Internationaler Zukunftskongress 1988. Köln.

7 Ebenda, S. 556.

8 Vgl. das Tagungsprotokoll IG Metall/Deutscher Naturschutzring (Hrsg.) (1992): Auto, Umwelt und Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist. Verkehrspolitische Konferenz der IG Metall und des deutschen Naturschutzrings. Köln.

Der damalige IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler betonte die politische Bedeutung dieser Kooperationsveranstaltung, die weder »alltäglich noch unkompliziert (sei) – zumal dann, wenn sie von einem zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeld, der Zukunft von Auto und Umwelt, handelt. Diese Tagung ist deshalb Chance und Wagnis zugleich, sie verlangt von allen Beteiligten Offenheit und Fairneß, Streitlust und Geduld, kritische Argumente und Toleranz.«⁹

Ökologischer und arbeitspolitischer Rückschlag in den 1990er Jahren

Für einen längeren Zeitraum sollte dies aber der Gipfel der Umweltdebatte in der IG Metall bleiben. Im Rückblick zeigt sich nämlich *drittens*, dass die 1990er Jahre sowohl arbeits- wie umweltpolitisch ein »verlorenes Jahrzehnt«¹⁰ waren. Aus mehreren Gründen:

Nach der deutschen »Vereinigung« gewannen in der gewerkschaftlichen Agenda wieder »klassische« Themen wie die Beschäftigungssicherung und die Verteidigung der Einkommen absolute Priorität. Dies band fast alle gewerkschaftlichen Ressourcen, so dass Themen der Ökologie, aber auch Kernfragen der Humanisierung der Arbeit in den Hintergrund rückten. Anregungen der Konferenz »Arbeit, Umwelt, Verkehr« wurden nicht weiter verfolgt.

Ein weiterer Faktor, der die betriebliche wie gesellschaftliche Agenda prägte, war die in den 1990er Jahren zunehmend verbreitete Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen. Dies hatte zur Folge, dass kurzfristige Renditeüberlegungen alle Ansätze einer nachhaltigeren Unternehmensentwicklung – und damit auch der Aufnahme neuer ökologischer Impulse und eventueller Konversionsprojekte – blockierten. Investitionen in arbeitspolitische und ökologische Innovationen und Humanisierung, die notwendigerweise am »langen Zeithorizont« ausgerichtet sein müssen, wurden zugunsten einer kurzfristigen Aktienkurspflege zurückgestellt oder ganz aufgegeben. Damit waren die Interessenvertretungen in dieser Zeit konfrontiert und setzten andere Prioritäten.

Speziell auf die Automobilindustrie bezogen zeigte sich in den 1990er Jahren eine weitere Bremse für ökologische Innovationen durch die Ausweitung des Geschäftsfeldes auf die osteuropäischen Länder und die BRICS-Staaten. Große neue Absatzmärkte und enorme Gewinne dämpften alle Initiativen in den Unternehmen, sich auf ökologisch nachhaltigere Wachstumsfelder mit

9 Ebenda, S. 21.

10 Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen (2002): Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. Plädoyer für eine neue Humanisierungsoffensive, in: Gewerkschaftliche Monatshefte. H. 10–11: 631–639.

Mobilitätsdienstleistungen, wie sie im Nachklang der 1990er Konferenz noch denkbar erschienen, zu konzentrieren.

Die Ökologieproblematik rückte also in der Agenda der Gewerkschaften nach hinten. Nur noch als Fernwirkung der Debatten der frühen 1990er Jahre konnte 2001 ein Passus in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden, der den betrieblichen Umweltschutz auch als Aufgabe der Betriebsräte definiert (§§ 80, 88 und vor allem 89 BetrVG).

Gleichwohl gab es Bemühungen, dem ökologischen Roll back entgegenzuwirken. Dazu gehörte in den 1990er und 2000er Jahren das Verbundprojekt Arbeit + Ökologie der Hans-Böckler-Stiftung¹¹, das sich im Jahr 2000 mit Perspektiven eines ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogenen Transformationsszenarios beschäftigte und zum Schluss kam, dass »eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, [...] grundsätzlich machbar« ist. Jedoch blieb dieses Projekt ohne politischen Widerhall und erlangte wenig Relevanz in den innergewerkschaftlichen Debatten, die dann in den Jahren der Jahrtausendwende auch stärker um die Bedrohungslage der Agenda-Politik und das Bündnis für Arbeit kreisten.

Initiative Gute Arbeit der IG Metall ab 2002

Erfolgreicher war die Initiative Gute Arbeit ab dem Jahr 2002, mit der in der IG Metall neue arbeitspolitische Problemkonstellationen aufgegriffen wurden. Nicht zuletzt durch die arbeitswissenschaftlichen Arbeiten am DGB-Index Gute Arbeit und die publizistischen Debatten im Rahmen der Jahrbücher Gute Arbeit¹² entwickelte sich das Verständnis von Guter Arbeit und seinen strategischen Implikationen weiter. Dazu gehören unter anderem: Gewerkschaftliches Engagement für persönlichkeits- und gesundheitsförderliche Arbeit, die Vermeidung von Selbstgefährdung durch Arbeiten ohne Ende (bei indirekter Unternehmenssteuerung), Prävention bei psychischen Belastungen, Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeitsouveränität – alles das erfordert zugleich einen Abschied von der Logik des »Immer-mehr-und-immer-schneller« durch permanenten Produktivitätssteigerungszwang, Offenheit für das Wie, das Was und das Wozu der Produktion im Interesse einer auch ökologisch verträglichen Produktions- und Wirtschaftsweise. »Zum Konzept Guter

11 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf.

12 Eine Bilanz der Initiative Gute Arbeit findet sich bei Pickshaus, Klaus (2014): Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand, Hamburg.

Arbeit und eines Guten Lebens gehört [...] eine Tätigkeit, der ressourcenschonend und damit nicht zulasten der Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nachgegangen werden kann.«¹³ Mit diesem breiten Verständnis war eine Offenheit für Anforderungen eines sozial-ökologischen Umbaus gegeben.

Neue Debatte über sozial-ökologischen Umbau

In der Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 belebte sich die Debatte um einen »Kurswechsel« und in diesem Zusammenhang auch über die Perspektiven eines sozialen und ökologischen Umbaus der Industrie. Damit konnte an die 40 Jahre zurückliegende Konferenz zur »Qualität des Lebens« angeknüpft werden. Sogar die Kritik an einem permanenten Wachstumszwang wurde aufgegriffen und fand Eingang in einen Beschluss des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall im Jahr 2011: »Ein nachhaltiges Wachstum muss an den Bedürfnissen der Menschen ansetzen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Es basiert auf Ressourcen schonendem Konsum, Umweltinvestitionen, insbesondere in erneuerbare Energien, und auf Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch.« (Entschließung 1).¹⁴

Derzeit befinden sich Gewerkschaften erneut in einer Phase, in der die Frage der Vereinbarkeit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension nachhaltigen Wirtschaftens zunehmend an Bedeutung gewinnt.¹⁵ Auch hier dienen erneut externe Faktoren als Anstoß für die gewerkschaftliche Problembearbeitung. Insbesondere durch den »Diesel-Skandal«, die europäische Regulierung von CO₂-Emissionen und drohende Einfahrverbote in Innenstädte hat in der IG Metall die Debatte um Perspektiven nachhaltiger Mobilität und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer Transformation der Automobilindustrie an Fahrt aufgenommen.¹⁶ Die Frage, wie sich die Beschäftigung in der Auto- und Zuliefererindustrie in Deutschland entwickelt, ist nicht nur für die IG Metall eine Art Schicksalsfrage, sie ist ebenso für die Perspektive vieler Regionen, in denen ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung an der Antriebstechnologie Verbrennungsmotor hängt, von entscheidender Bedeutung.

13 Lemb, Wolfgang (2017): Gute Industriepolitik – Herausforderungen, Ansatzpunkte, Perspektiven. In: WSI-Mitteilungen 6/2017, 452–455.

14 Tiefergehend diskutiert im Sammelband Wolfgang Lemb (2016) (Hrsg.): »Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen«. Frankfurt am Main.

15 Dies zeigen nicht zuletzt die Debatten im Vorfeld und auf dem DGB-Bundeskongress 2018 zum Thema Klimapolitik.

16 Iwer, Frank und Speidel, Frederic (2017): Neue Abgasnormen und Antriebstechnologien als Chance nutzen – die IG Metall im automobilen Strukturwandel. In: SPW 2, 2017, 19–22.

Über die Automobilindustrie hinaus werden im Kontext von Energie- und Verkehrswende immer mehr Strukturbrüche erkennbar, die Beschäftigungsperspektiven in ganzen Industriebranchen in Frage stellen. Nicht so stark im öffentlichen Fokus stehend, dafür ebenso sehr betroffen von anstehenden politischen Weichenstellungen sind dabei die Branchen der Stahl- und Aluerzeuger, der Energiewirtschaft, der Energieanlagenbauer, der Erneuerbaren Energien sowie der Heizungsindustrie.

Dass sich gute oder schlechte Entwicklungsperspektiven der Industriebranchen nicht entlang einer Achse »klimaschädlicher und klimaschonender« Technologien orientieren, zeigt das Beispiel der Krise des erneuerbaren Energieanlagenbaus. Eine Branche, der man auf Grund der Erfordernisse der deutschen Energiewende eine boomende Zukunft voraussagte, die sich aber wegen fehlender politischer Weichenstellungen und industriepolitischer Rahmung bereits seit Längerem im andauernden Restrukturierungsprozess befindet.

Die Transformation der Arbeit und speziell der Industrie ist für alle davon betroffenen Beschäftigten ein sehr offener Prozess. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob eine Transformation »by disaster or by design« die Zukunft der Industriebeschäftigung in Deutschland prägen wird. Im Folgenden sollen sowohl die erforderlichen politischen Steuerungsprozesse als auch die Bearbeitung der dafür notwendigen betriebspolitischen Bedingungen betrachtet werden.

II. Transformation heute: Industriepolitische Herausforderungen

Um das Zwei-Grad-Ziel der Pariser Klimakonferenz zu erreichen, ist bis 2050 eine Reduzierung des Treibhausgasausstoßes von 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 nötig. Die Herausforderungen sind daher ungleich größer als in den 1970er und 1980er Jahren, als die Debatte um das Verhältnis zwischen Ökologie und Arbeit erstmals gewerkschaftspolitisch Fahrt aufnahm. Die alarmierende Dringlichkeit des Klimawandels erfordert drastische Kurskorrekturen. Dafür muss der ökologische Umbau der industriellen Produktion schneller und intensiver voran gebracht werden. Entsprechende Transformationsprozesse können nicht allein den Marktmechanismen überlassen bleiben.¹⁷

Wie sähen Grundzüge einer neuen, nachhaltigen industriepolitischen Strategie aus? Die IG Metall hat in einem Leitlinienpapier Anforderungen an eine Klimastrategie entwickelt.¹⁸ Diese sollen in vier Punkten angerissen werden:

17 Hübner, Kurt (2015): Die »Wiederentdeckung« staatlicher Industriepolitik. In: Wolfgang Lemb (Hrsg.), Welche Industrie wollen wir? Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 101.

18 IG Metall (2018): Klimaschutzplan 2050 und Klimaschutzgesetz – Sachstand und Anforderungen der IG Metall.

1. *Klimapolitische Anforderungen im Kontext von industriellen Wertschöpfungsketten, technologischer Machbarkeit und beschäftigungspolitischen Folgewirkungen*
Ambitionierte, langfristige und transparente Politikziele (wie im deutschen Klimaschutzplan oder im EU-Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 festgelegt) sind erforderlich, um Unsicherheiten bei Unternehmen und Verbrauchern zu verringern und stabile Rahmenbedingungen für Investitionen in nachhaltige Technologien und die Ausrichtung von Technologieforschung zu schaffen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass dabei sehr genau auf eine kluge Abstimmung bei der Festlegung von erreichbaren Zielgrößen und der damit verbundenen politischen Regulierung geachtet werden muss. Technologische Machbarkeit, Folgen für die Beschäftigung und Industriestruktur dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Politisches Handeln sollte nachvollziehbare Wege zur Realisierung der Ziele aufzeigen und eine umfassende soziale Folgenabschätzung vornehmen. Sie sind eine Grundlage dafür, dass gesellschaftliche Aushandlungsprozesse nicht als bloßer »Zielbasar« erlebt werden. Deshalb müssen gemeinsam mit der Formulierung von Klimazielen auch Lösungsstrategien erarbeitet werden, die sichere und gut bezahlte Industriearbeitsplätze für die Beschäftigten gewährleisten.

Das gilt insbesondere unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs, der dazu führt, dass stärkere ökologische Regulierung auch Druck auf Teile industrieller Wertschöpfungsketten aufbaut. Klimapolitische Regulierungen dürfen nicht zu einem Verdrängungswettbewerb von energieintensiver Produktion in andere Teile dieser Welt führen, wo die Produktion dann ggf. sogar größere ökologische Kosten verursacht (»Carbon-Leakage«). Es bedarf ebenso sorgfältiger klima- wie industriepolitischer Steuerung, damit es zu keiner schleichenden Abwanderung dieser Industriezweige und einem Bruch in den Wertschöpfungsstrukturen kommt. Ein entsprechender Carbon Leakage-Schutz sind beispielsweise Entlastungsregelungen bei höheren (weil »grünen«) Strombezugskosten.

2. »Just Transition« als Grundprinzip ökologischer Transformation

Offensichtlich ist, dass ungebremste Strukturumbrüche, die mit hohen Arbeitsplatzverlusten verbunden sind, verhindert werden müssen, will man die gesellschaftliche Akzeptanz für den ökologischen Transformationsprozess erhalten. Das beschreibt das »Just Transition«-Prinzip¹⁹, für das sich Gewerk-

19 »Just Transition« ist insbesondere im internationalen Kontext als Schlagwort für den notwendigen politischen Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen in CO₂-intensiven Industrien und Regionen in Gebrauch.

schaften bei den internationalen Klimaverhandlungen stark gemacht haben und das 2015 Eingang in die Pariser Klimavereinbarung gefunden hat.

Auf europäischer wie auf nationaler Ebene muss die Politik den Strukturwandel mit einer aktiven beschäftigungsorientierten Industrie-, Struktur und Arbeitsmarktpolitik vorantreiben. Doch das Gegenteil ist zu befürchten, wenn in den nächsten Jahren drastische Kürzungen im struktur- und kohäsionspolitischen Haushaltsbereich der EU drohen. Erforderliche Infrastrukturinvestitionen und qualifizierungs- und arbeitsmarktpolitische Förderung dürften unter dem dann noch restriktiver wirkenden fiskalen Druck nur noch schwer zu realisieren sein. Von der erforderlichen Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes zur verlässlichen sozialen Absicherung und zeitlichen Überbrückung von Strukturbrüchen ganz zu schweigen.

3. Erfordernis eines investiven Staates

Die Studie »Klimapfade für Deutschland«²⁰, Anfang 2018 vorgestellt, kommt zu dem Ergebnis, dass die Sicherung und der Ausbau von Wertschöpfung und Beschäftigung parallel zur Erreichung der Klimaziele möglich sind. Allerdings sind dafür erhebliche Investitionen in Höhe von 1,4 Billionen Euro bis 2050 nötig, um das 80 Prozent-Klimaziel zu erreichen. Einen Großteil der Investitionsfinanzierung z. B. in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie die Erweiterung des ÖPNV, der Ausbau der Stromnetze oder die Modernisierung des öffentlichen Gebäudebestandes wird wegen fehlender Rentabilität die öffentliche Hand tragen müssen. Derzeit werden jedoch noch nicht einmal die öffentlichen Aufwendungen für den Funktionserhalt der bestehenden Infrastruktur aufgebracht. Wie die darüber hinausgehenden notwendigen Investitionen einer wirklich nachhaltig ausgerichteten Infrastruktur mit der fiskalischen Begrenzung durch die schwarze Null bewältigt werden sollen, lässt sich nicht beantworten.

Ungeklärt ist ferner, wie langfristige private Investitionen in nachhaltige Technologien entgegen der kurzfristigen Renditeorientierung zunehmend finanzialisierter Unternehmen gesteuert werden könnten. Hier müssten strategisch zielgerichtete öffentliche Investitionen eine Leitbildfunktion wahrnehmen und Anreizkulisse für Investitionen in nachhaltige Technologiezweige bilden. Darüber hinaus wäre eine aktivere Förderung von Anlage-, Qualifikations- sowie Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen insbesondere in kleineren und mittleren Unternehmen notwendig.

Die derzeit diskutierten Politikvorschläge auf bundes- wie europapolitischer Ebene weisen allerdings in eine andere Richtung. Zur Steigerung der

20 BDI (Hrsg.) (2018): Klimapfade für Deutschland, Berlin.

privaten Investitionstätigkeit im Green-Tech-Bereich werden Maßnahmen zur Liberalisierung der Finanzmärkte (z. B. die Vereinfachung des Vertriebs- und Handels zugunsten von Risikokapital) sowie eine Senkung von Unternehmenssteuern ins Spiel gebracht. Dagegen spricht, dass angesichts von Rekordgewinnen und Niedrigzinsen die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland kaum zugenommen hat.²¹ Weitere angebotsorientierte Maßnahmen werden daher kaum eine Trendumkehr bewirken, sondern eher noch zur Steigerung der Diskrepanz zwischen hohen Unternehmensgewinnen und verhaltenen Anlageinvestitionen beitragen.

4. Faire Lastenverteilung von Transformationskosten

Zur Debatte um die technologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gehört auch die gerechte Lastenverteilung der Transformationskosten. Schon heute spielt dies für Verbraucher im Zusammenhang mit der Energie- und Wärmewende eine zentrale Rolle. Ein Beispiel dafür ist die Warmmietenneutralität bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden, wodurch die Miete am Ende nicht höher steigen soll, als der Mieter bei den Energiekosten durch die Sanierung einsparen kann. Gleiches gilt für die Finanzierung der Energiewendekosten, die durch Abgaben und Umlagen auf den Strompreis verteilungspolitisch zunehmend zu einem Problem wird und so die gesellschaftliche Akzeptanz für die Energiewende insgesamt untergräbt.

Die Gesamtrechnung der notwendigen Kosten einer ökologischen Transformation (dazu zählen insbesondere Infrastruktur- und Anlageinvestitionen, Innovations- und Forschungsförderung, qualifikations-, regional- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) macht deutlich, dass der fiskalische Handlungsspielraum der »schwarzen Null« viel zu klein ist. Weder die erforderlichen Technologieinvestitionen noch die sozialen Abfederungs- und Überbrückungsmaßnahmen werden aus der staatlichen Portokasse unsicherer (weil vom Andauern der derzeitigen Konjunktur abhängigen) Haushaltsüberschüsse zu bewältigen sein.

Somit gehört die verteilungspolitische Frage zum Kern der industriepolitischen Transformationsherausforderung. Aus gewerkschaftlicher Perspektive bedarf es einer sehr viel breiteren schulden- und steuerfinanzierten Grundlage. Die schwarze Null steht damit ebenso zur Disposition wie ein Steuersystem, das weite Teile großer Vermögen und Einkommen unberührt lässt. Erforderlich ist ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept, »das die Überwin-

21 Hierzu in der Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 12. Juni 2017: Deutschland spart sich sein Wachstum kaputt. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-deutschland-spart-sich-sein-wachstum-kaputt-1.3541455>.

derung der Austeritäts-, Flexibilisierungs- und Deregulierungspolitik auf breiter Front zum Ziel hat«²² und dies mit den Zielen eines sozial-ökologischen Pfadwechsels verbindet.

III. Transformation heute: Arbeitspolitische Herausforderungen

Die politische Einflussnahme auf die industrie- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation wird zu einer zentralen Aufgabe der IG Metall. Sie erfordert eine offensive Wahrnehmung ihres politischen Mandats, zu dem auch gehören würde, Allianzen mit Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren für eine Energie-, Wärme- und Verkehrswende anzustreben.

All dies ist anspruchsvoll genug. Um die erforderlichen Weichenstellungen anzuschieben, müssen sie zum Thema der jeweiligen betriebspolitischen Auseinandersetzungen gemacht werden. Es gibt durchaus eine Reihe von Positivbeispielen, bei denen Betriebsräte nachhaltige betriebliche Entwicklungsmodelle angestoßen und begleitet haben.²³ Aber in weiten Teilen der betroffenen Branchen und deren Belegschaften (insbesondere der Automobilhersteller und ihrer Zulieferer) werden Verlustängste und Unsicherheit in Zukunft verstärkt eine Rolle spielen.

Auf einem »Transformationskongress« im Oktober 2018 standen betriebspolitische Aufgabenstellungen im Zentrum. Gleichzeitig wurden bundesweit an verschiedenen Standorten die Problemstellungen und Ansatzpunkte zum Handeln erhoben und in einer »Betriebslandkarte« transparent gemacht.

Ein genauerer Blick auf bisherige Transformationserfahrungen in den Belegschaften kann Hinweise für das betriebspolitische Vorgehen geben. Generell zeigen sich mehrere Widerspruchskomplexe.²⁴

Durch den bevorstehenden ökologischen Umbau in einer Vielzahl der Industriebranchen wird der schon jetzt erlebte permanente Prozess der Restrukturierung in den Unternehmen noch weiter dynamisiert. Untersuchungen zu den betrieblichen Erfahrungen der Beschäftigten zeigen, dass diese durch die Muster einer permanenten Restrukturierung einem ständigen Veränderungsdruck ausgesetzt sind, der sich – auch bei guter Konjunktur – häu-

22 Urban, Hans-Jürgen (2017): Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept. In: *Sozialismus* 7–8, 2017, S. 44.

23 IG Metall (2017): Nachhaltig produzieren. Betriebliche Beispiele – Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Industrie. Frankfurt am Main.

24 In die folgenden Ausführungen sind Thesen eingearbeitet, die dem Arbeitskreis Arbeitspolitik und Arbeitsforschung der IG Metall zu seiner Sitzung am 17. April 2018 vorlagen. Sie wurden in einer Arbeitsgruppe gemeinsam vorbereitet.

fig mit Unsicherheit der Perspektive/des Arbeitsplatzes sowie mit Leistungsdruck und gesundheitlichen Risiken verbindet.²⁵

Betriebliche Restrukturierungsprozesse werden zwar nicht an sich negativ bewertet, sie können auch als Herausforderung angenommen werden. Doch ob dies geschieht, hängt maßgeblich davon ab, dass die Veränderungen als transparent und machbar erfahren werden und von den Betrieben ausreichende Ressourcen zur Bewältigung zur Verfügung gestellt werden. Da die Erfahrungen jedoch häufig negativ sind und sich ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber Sachzwängen einstellt, haben sich distanzierende Verhaltensmuster gegenüber Restrukturierungsmaßnahmen herausgebildet. Daraus könnte folgende Schlussfolgerung gezogen werden: Ein vorrangiger Chancendiskurs, auch wenn er von Seiten der Gewerkschaften mit einem positiven Zukunftsbild und der Orientierung auf Gestaltbarkeit geführt wird, könnte scheitern, wenn diese Erfahrungen und eingeübten Muster der Restrukturierung nicht berücksichtigt werden.

Deshalb müssen Antworten auf diese Widerspruchskonstellation zwischen Beharrung und Verteidigung auf der einen und Offenheit für Veränderungen auf der anderen Seite identifiziert werden.

Ausmaß und Tiefe einer Transformation können dazu führen, dass die beteiligten Akteure (Politik, Verbände, Betriebsakteure, Wissenschaft) zur Reduktion von Komplexität einfache Erklärungs- und Handlungsanleitungen vorziehen, die in der Regel einer Top-Down-Logik folgen und die partizipatorischen Potenziale unterschätzen und lahmlegen. Eine industriepolitische Weichenstellung mit dem Ziel eines sozial-ökologischen Umbaus, die den gesellschaftlichen Anforderungen sowie den Interessen der Beschäftigten an guter Arbeit und gutem Leben gerecht werden will, kann aber auf die Einflussnahme der Akteure auf verschiedenen Ebenen und der direkt Betroffenen nicht verzichten. Die sich daraus ergebende Vermittlungsarbeit ist zweifellos anspruchsvoll. Dabei könnten regionale Strukturen der Koordinierung und Planung, die auch Aspekte einer Verkehrswende mit bearbeiten, eine große Rolle spielen.

Detje und Sauer haben darauf hingewiesen, dass ein solches Transformationsprojekt ohne Verankerung von »unten« nicht durchsetzbar erscheint. Hier schließt sich der Bogen zur Arbeitspolitik unter dem Leitbild »Guter Arbeit«. »Arbeitspolitik, die Rahmenbedingungen für die qualifizierte Aufwertung der Arbeit schafft, Heteronomie zurücknimmt, Arbeitsteilung und Hierarchie abbaut, shop floor und indirekte Bereiche durchlässig macht, ausführende und planerische Aufgaben neu zusammenbringt – eine solche Arbeitspolitik

25 S. dazu auch den Beitrag von Dieter Sauer in diesem Band.

schaft nicht nur Terrain für eine solidarische Interessenpolitik. Sie ermöglicht neue Lern- und Erfahrungsprozesse, stärkt damit jene Akteure, die sich der ökonomischen und politischen Restauration entgegenstellen können und schafft damit größere Widerständigkeit gegen Demokratieentleerung, ja für Neubegründung von Demokratie. ... Es gilt, wirtschaftsdemokratische Transformationsansätze von unten, aus den Betrieben heraus zu stärken – als eine Politik der Selbststeuerung und Partizipation.«²⁶

Aus gewerkschaftlicher Sicht ginge es also darum, die betrieblichen Akteure und Beschäftigten (rechtzeitig) zu befähigen und dabei zu unterstützen, eigene Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht in den Auseinandersetzungen um die Weichenstellungen im Transformationsprozess zu erlangen. In einer immer stärker auf individuelle Aushandlungsprozesse setzenden Arbeitsorganisation müssen auch die Beschäftigten – auf Basis verbindlicher Ansprüche und kollektiver Rechte – verstärkt zu Subjekten der Gestaltungsprozesse werden. Dies ist eine der Voraussetzungen eines umfassenden Demokratisierungsprozesses.

Um dies betrieblich angesichts des bevorstehenden tiefen Umbruchs in Gang zu setzen, wären einige offenstehende Fragen zu klären.

Zu klärende offene Fragen

Erstens: Kann es gelingen, den Konzernen Standortzusagen abzutrotzen, die überhaupt erst ökologische Umstellungsprozesse ohne Angst vor dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen sowie einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ermöglichen?

Zweitens: Wie können die Konzernleitungen unter Nutzung der Mitbestimmungsrechte gezwungen werden, aus den derzeit reichlich sprudelnden Gewinnen ausreichende Summen für eine Ökologisierung bestehender Produkte oder für eine erforderliche Konversion zur Verfügung zu stellen?

Drittens: Da nach allen Prognosen mit dem Verlust bisheriger Arbeitsplätze zu rechnen ist, ist eine frühzeitige Qualifizierung und gegebenenfalls berufliche Neuorientierung der Beschäftigten absolut unerlässlich. Allein dies erfordert erhebliche Ressourcen. Wie müsste eine Flankierung durch eine aktive staatliche Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik konkret aussehen?

Viertens: Wie lässt sich angesichts zunehmend globaler Gütermärkte noch mittels nationaler Industriepolitik sozial-ökologische Transformation beeinflussen? Wenn nachhaltig innovative Lösungen vom Weltmarkt nicht nachgefragt werden, läuft eine entsprechend technologiefokussierte Regulation

26 Detje, Richard/Sauer, Dieter: Wirtschaftsdemokratische Transformation. Neueinstieg »von unten«, in: Alex Demirovic (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster 2018.

ins Leere und es drohen zwangsläufig Wertschöpfungs- und Beschäftigungsverluste.

Fünftens: Wie lassen sich Technologieentscheidungen so austarieren, dass die Verlagerung von ökologischen Kosten auf andere Umweltbereiche möglichst vermieden werden kann? Hierbei ist insbesondere die derzeit bereits rapide zunehmende Nachfrage nach Rohstoffen für die Batteriezellfertigung aus rohstoffpolitischer Sicht extrem besorgniserregend.²⁷

All dies verlangt die Einflussnahme auf Konzernentscheidungen und auf wirtschafts- bzw. industrie- und arbeitsmarktpolitische Prozesse. Sollen Entscheidungen nicht der »unsichtbaren Hand« des Marktes, also den kapitalistischen Konkurrenz- und Profitzwängen, überlassen werden, verlangt dies ein demokratisches Entwicklungsmodell. Hans-Jürgen Urban schlussfolgert deshalb: »Vieles spricht dafür, dass hier die Stunde der Demokratie schlagen muss. Somit wird (Wirtschafts-)Demokratie zum archimedischen Punkt von Konversionskonzepten, die eine naturverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise mit sozialen und Beschäftigungsinteressen und der Überwindung der Shareholder-Value-Orientierung in den Unternehmen ausbalancieren wollen.«²⁸

Ob die Aufgabe einer Transformation in der Tradition des Krisenkorporatismus (diesmal nicht mit einem konjunkturellen, sondern strukturellen Krisenbezug) zu bewältigen sein wird, ist mehr als fraglich. Die Politik erscheint angesichts der erforderlichen regulativen und investiven Erfordernisse ideen-, strategie- und mutlos. Gesellschaftliche Bewegungen, die das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation vorantreiben könnten, sind hingegen schwach und lassen sich nur schwer auf einen gemeinsamen politischen Nenner bringen. Entscheidend wird es daher sein, ob es den Gewerkschaften gelingt, entsprechende gesellschaftliche Allianzen zu schmieden, Diskurshoheit hinsichtlich der politökonomischen Rahmenbedingungen wiederzuerlangen und so Einflusskanäle in die Entscheidungen der ökonomischen Eliten zu gewinnen.

27 Siehe hierzu insbesondere die Broschüre Powershift (2017): Ressourcenfluch 4.0. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor. Berlin.

28 Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik?, a. a. O., S. 345.